

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Wolfgang Neskovic, Kersten Naumann, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/14026 –**

Gesamtkosten des Bundeswehreinsatzes zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Gesamtkosten für den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm sind nach wie vor nicht exakt zu beziffern. Die Bundesregierung hat eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. dahingehend beantwortet (Bundestagsdrucksache 16/13540), dass die Ausgaben des Bundes sich auf insgesamt 81 Mio. Euro belaufen. Es seien aber noch einige Rechnungsposten aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern offen.

Die Kosten für den von der Fraktion DIE LINKE. als verfassungswidrig bezeichneten Bundeswehreinsatz belaufen sich nach Angaben der Bundesregierung auf 13,9 Mio. Euro.

Das bezieht sich aber nicht auf den gesamten Einsatz, sondern nur auf „die erbrachten Unterstützungsleistungen durch die Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe“. Dabei waren bekanntlich 1 100 Soldaten zum Einsatz gekommen. Dagegen waren außerhalb der Amtshilfe weitere rund 1 350 Soldaten eingesetzt worden, darunter mehrere hundert Feldjäger, die zur „Eigensicherung“ teils mit Maschinenpistolen bewaffnet quer durch die Region patrouilliert sind, sowie 350 Soldaten für die „luftseitige“ Sicherung. Diese Kosten sowie die einsatzbedingten Mehrkosten wurden bisher nicht bilanziert, müssen aber in eine Gesamtaufstellung einfließen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die von der Bundeswehr geleistete Unterstützung während des G8-Gipfels wurde im Rahmen der technisch-logistischen Amtshilfe und der Maßnahmen zur Sicherheit im Luftraum durchgeführt. Die Antrags- und Genehmigungsverfahren entsprachen den rechtlichen Vorgaben und waren verfassungsrechtlich zulässig.

Mit dem „Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007“ an den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages vom 2. Juli 2007 wurden die Unterstützungsleistungen detailliert dargestellt und über die Durchführung informiert.

Die von der Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 16/13540) zu Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/13315) mitgeteilten Kosten betrafen Unterstützungsleistungen der Bundeswehr, das heißt keine Einsätze im verfassungsrechtlichen Sinne.

Die Bundesregierung verwahrt sich gegen den durch die unzutreffende Formulierung, „mehrere hundert Feldjäger ... seien ... teils mit Maschinenpistolen bewaffnet quer durch die Region patrouilliert ...“ unterstellten Vorwurf, die Bundeswehr hätte anlässlich des G8-Gipfels 2007 allgemeine Polizeibefugnisse ausgeübt. Die Bundeswehr ist anlässlich des G8-Gipfels 2007 nur in Erfüllung ihrer Verpflichtung aus Artikel 35 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) sowie ihrer von Verfassungen wegen übertragenen Aufgaben tätig geworden.

1. Welche Kosten hat der Amtshilfe-Einsatz der Bundeswehr anlässlich des G8-Gipfels insgesamt verursacht (bitte jeweils nach Vollkosten und einsatzbedingten Mehrkosten differenzieren)?

Vollkosten: 13,9 Mio. Euro

Kosten zum Amtshilfesatz: 3,7 Mio. Euro

- a) Wie teuer war der Einsatz von Sanitätseinheiten?

Vollkosten: 2,3 Mio. Euro

Kosten zum Amtshilfesatz: 0,5 Mio. Euro

- b) Wie teuer waren Maßnahmen zum Transport von Gipfeldelegationen sowie Journalisten?

Aufgrund der Nutzung vorhandener Transportmittel sowohl für Delegationen und Medienvertreter im Rahmen der Amtshilfe als auch für den Eigenbedarf der Bundeswehr ist eine detaillierte Aufschlüsselung nicht möglich.

- c) Wie teuer war der Einsatz der Fennek-Spürpanzer?

Vollkosten: 500 000 Euro

Kosten zum Amtshilfesatz: 56 000 Euro

- d) Wie teuer waren Amtshilfe-Maßnahmen anderer Art (bitte aufschlüsseln)?

Alle Kosten, die im Rahmen der insgesamt 33 Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe (Amtshilfeleistungen) (vgl. Anlage zu Bundestagsdrucksache 16/6317) anfielen, sind in der Antwort zu Frage 1 enthalten.

2. Welche Kosten hat der Einsatz weiterer Soldaten außerhalb des Rechtsrahmens der Amtshilfe insgesamt verursacht (bitte jeweils nach Vollkosten und einsatzbedingten Mehrkosten differenzieren)?
- Wie teuer war der Einsatz der Feldjäger im Vorfeld, während und gegebenenfalls nach den Gipfeltagen?
 - Wie teuer war der Einsatz von rund 300 Angehörigen des Objektschutzregiments der Luftwaffe und 40 Marinesoldaten zur Bewachung, zum Schutz und Betrieb von Bundeswehrdienststellen im Raum Rostock/Heiligendamm/Laage?

Kosten, die außerhalb von Amtshilfeleistungen angefallen sind, entstanden ausschließlich durch lagebedingten Eigenbedarf der Bundeswehr, z. B. Sicherung militärischer Einrichtungen aufgrund der erhöhten Gefährdungslage oder Wahrnehmung militärischer Ordnungs- und Sicherungsaufgaben. Diese Kosten werden den Belangen des Dienstbetriebs zugeschlagen und nicht gesondert erfasst.

- Wie teuer war der Einsatz von knapp 350 Soldaten aus Marine, Luftwaffe und Heer zur „Gewährleistung der Sicherheit im Luftraum“?

Personalkosten, die zur „Gewährleistung der Sicherheit im Luftraum“ angefallen sind, entstanden im Rahmen der Wahrnehmung dieser originären Aufgabe und sind somit nicht gesondert erfasst.

- Wie teuer waren der Einsatz der vier Eurofighter und acht Phantom-Flugzeuge?

„Eurofighter“:	– Vollkosten	251 000 Euro
	– Amtshilfesatz	77 000 Euro
„Phantom“:	– Vollkosten	579 000 Euro
	– Amtshilfesatz	145 000 Euro

- Welche Kosten hat der Einsatz der AWACS (Airborne Warning and Control System) insgesamt verursacht, und welche hiervon trägt der Bund?

Die NATO stellt AWACS zur Verfügung und verfügt über das Budget, das die Mitglieder der NATO Airborne Early Warning and Control Programme Management Organisation anteilig finanzieren. Die anteiligen Kosten für Deutschland betragen 68 000 Euro (Flüge am 5., 6. und 8. Juni 2007).

- Welche weiteren, in den vorangegangenen Punkten noch nicht aufgezählten Kosten sind durch den Einsatz von Bundeswehrsoldaten bzw. -gerät außerhalb der Amtshilfe entstanden, und für welche Zwecke genau?

Eine Luftbetankung (Treibstoff + Flugstunden): 37 000 Euro.

Weitere Kosten außerhalb der Amtshilfe sind nicht entstanden.

